



SPD-HAUSHALTSREDE für 2018/19 von Frank vom 11.12.2017

Der nächste Haushalt ist immer der schwerste

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Traub,
sehr geehrte Herren Bürgermeister Koch und Molt,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der nächste Haushalt ist immer der schwerste - diese alte Kämmerer- Weisheit war noch nie so richtig, als in diesem Jahr. In den letzten Jahren konnte mit schöner Regelmäßigkeit ein besseres Jahresergebnis eingefahren werden, als im Haushaltsplan prognostiziert. Für den jetzt zu verabschiedenden Doppelhaushalt 2018/2019 werden noch einmal deutliche Überschüsse eingeplant, für die mittelfristige Finanzplanung bis 2022 erwartet unsere Kämmererei dann aber wieder deutliche Verluste bei gleichzeitigem deutlichem Rückgang der Liquidität.

Geschuldet ist dies den massiven Investitionen, die für die kommenden Jahre vorgesehen sind und die - richtigerweise - nach dem neuen Haushaltsrecht über die Abschreibungen wieder eingespielt werden müssen.

Es gibt also trotz der guten Ergebnisse, trotz der immer noch guten Liquidität und der nach wie vor - mit Ausnahme der Stadtwerke - bestehenden Nullverschuldung keinen Grund zu jubilieren oder gar darüber nachzudenken, auf der Einnahmenseite Abstriche zu machen. Vielmehr sollten wir uns damit auseinandersetzen, welches die Gründe der derzeit guten Finanzausstattung sind, aber auch **welche Aufgaben uns noch erwarten, die eben bislang nicht finanziert sind.**

Dabei kommt man nicht umhin, sich auch mit der Politik in Bund und Land auseinanderzusetzen - wobei: Im Bund wird ja derzeit leider praktisch gar keine Politik gemacht. Da erklärt ein Herr Lindner die Sondierungsgespräche kurzerhand für beendet, weil es ihm offenbar nur darauf ankommt, sein Klientel zu bedienen und keine Bereitschaft besteht, Verantwortung zu übernehmen. Aber auch die Verantwortlichen meiner Partei

haben ein bisschen gebraucht, bis sie sich an die Aussage von Willy Brandt erinnerten, dass das Land wichtiger als die Partei ist und der Wählerauftrag jedenfalls dann anzunehmen ist, wenn die anderen nicht in der Lage sind, eine Regierung zu bilden.

Jetzt wollen CDU und SPD immerhin miteinander reden. Vorläufig besteht aber weiterhin ein – auch finanzielles - Vakuum, das für die Kommunen fatale Folgen hat. **So liegt beispielsweise das wichtige Thema Digitalisierung auf Eis.** Der Bund hat den Kommunen insoweit zwar Unterstützung in Höhe von insgesamt 5 Milliarden € versprochen, die Gelder stehen aber nicht zur Verfügung, sondern werden vom Bundesfinanzministerium einstweilen einbehalten.

Für die Kommunen, auch unsere Stadt, von noch wesentlich höherer Relevanz ist allerdings die Ignoranz, mit der die derzeitige Landesregierung den Städten und Gemeinden begegnet.

Auch Sie, Herr Oberbürgermeister Traub, haben sich ja dankenswerter Weise im Hinblick auf die Digitalisierung der Schulen an unseren Ministerpräsidenten gewandt. Eine inhaltliche Antwort ist leider nicht erfolgt, im Gegenteil: Der Presse ist zu entnehmen, wie die Finanzministerin des Landes Baden-Württemberg, Frau Edith Sitzmann, über die Verantwortlichen in den Kommunen denkt. Sie wird mit der Aussage zitiert, man könne den Gemeinden nicht permanent **„Händchen halten“**. Diese Aussage ist eine schlichte Unverschämtheit angesichts der Tatsache, **dass das Land für alle Kommunen zusammen nur zweimal einen Jahresbetrag von 10 Millionen € zur Verfügung stellen will.** Wenn nur gegenübergestellt wird, dass für die Stadt Filderstadt und die Verlegung von Leerrohren zur späteren Versorgung mit schnellem Internet **allein 36 Millionen € benötigt werden**, dann wird deutlich, dass dieses Angebot des Landes nur ein schlechter Witz sein kann. Noch absurder erscheint das derzeitige Gebaren der Landesregierung, wenn bedacht wird, dass sich das Land in diesem Jahre mit 250 Millionen € aus dem kommunalen Finanzausgleich bedient hat, bei gleichzeitig sprudelnden Steuereinnahmen. Dafür kümmert man sich in der Landesregierung dann um die wirklich wichtigen Probleme unserer Zeit, wie die Frage eines Tempolimits auf der A 81.

Auch bei der Thematik der Flüchtlingsunterbringung **dürfen wir uns als Kommunalpolitiker weitgehend alleine gelassen fühlen**, auch wenn jetzt ganz aktuell eine Förderung der Integrationsarbeit beschlossen wurde, die für unsere Stadt eine Unterstützung in Höhe von ca. 150.000 € bedeuten dürfte. Während nämlich für die so genannte Erstunterbringung, für die die Landkreise zuständig sind, eine so genannte „Spitzabrechnung“ gilt, d.h. die anfallenden Kosten werden vom Bund über das Land erstattet, gibt es für den Bau von Unterkünften für die in der Zuständigkeit der Kommunen liegende Anschlussunterbringung jetzt nicht einmal mehr Zuschüsse. Das bedeutet zwar nicht, dass die gesamten 15,2 Millionen €, die bis zum Jahre 2022 für den Neu- und Umbau von Flüchtlingsunterkünften in Filderstadt vorgesehen sind, letztlich alleine von der Stadt aufzubringen sind. Vielmehr werden über die Nutzungsentgelte auch Einkünfte erzielt. Eine volle Kostendeckung wird aber sicher nicht erreicht werden können. Und es darf im Übrigen auch nicht sein, dass diejenigen Geflüchteten, die sich erfolgreich um Arbeit bemühen, dann so hohe Nutzungsentgelte bezahlen müssen, dass sie nicht mehr besser stehen, als diejenigen, die Leistungen des Jobcenter erhalten.

Das Thema **Flüchtlingsunterbringung hat allerdings auch nicht nur finanzielle Relevanz**. Wir sind jetzt gezwungen, an Standorten, die wir selbst nicht für besonders geeignet halten, Unterkünfte zu errichten, damit die Zuweisungen durch den Landkreis einigermaßen bewältigt werden können. In Filderstadt haben wir ohnehin bereits eine massive Flächenknappheit. **Deshalb legt die SPD-Fraktion auch allergrößten Wert darauf, dass alle Unterkünfte, die wir jetzt errichten, auch dauerhaft und dementsprechend auch für andere Bedürftige als bezahlbarer Wohnraum nutzbar sein werden**. Ich bin dennoch der Überzeugung, dass die derzeitige Praxis der Verteilung der Geflüchteten auf die Kommunen falsch ist. Die Städte und Gemeinden im Ballungsraum sind nicht nur finanziell, sondern auch räumlich überfordert. Anderweitig gibt es Leerstände, ganz zu schweigen von den Erstaufnahmeunterkünften, die geschlossen wurden.

Zurück zu den städtischen Finanzen:

Der größte und damit wichtigste Faktor für die derzeit sehr gute Einnahmesituation ist die Einkommensteuer. Bei genauerer Betrachtung ergibt sich hierzu allerdings ein erstaunliches Bild. **Aufgrund der neuen Schlüsselzahl zur Berechnung des Einkommensteueranteils**, der auf die Städte und Gemeinden verteilt wird, sind die Steuermehreinnahmen in unserer Stadt weitaus geringer, als in nahezu allen anderen Städten im Kreis. Dies hängt damit zusammen, dass die Schlüsselzahl sich **nach der Einwohnerentwicklung** und der Einwohnerstruktur richtet. Wenn also die Einwohnerzahl in Filderstadt konstant bleibt, in den anderen Kommunen aber wächst, dann gehen die Einkommensteuerzuweisungen zurück. Gleiches gilt für den Fall, dass die Anzahl der Erwerbstätigen zurückgeht. Es ist also ein Trugschluss, zu meinen, bei fortdauernd guter Konjunktur würde sich auch der Einkommensteueranteil immer weiter nach oben entwickeln. Im Gegenteil: **Eine Stadt, die keinen Wohnraum mehr für (neue) Erwerbstätige zur Verfügung stellt und zur Stadt der Ruheständler wird, wird auf Dauer finanziell abgehängt werden**.

Damit sind wir auch wieder bei dem Thema, das sich nicht nur durch diese Haushaltsrede zieht, sondern eben entscheidend für die Zukunft unserer Stadt ist, nämlich der Frage, **welche Bevölkerungsentwicklung wir anstreben**, in welchem Umfang und an welchen Orten wir noch Flächen zur Bebauung zur Verfügung stellen und mit welchen Instrumenten zu arbeiten ist, **damit auch bezahlbarer Wohnraum entsteht**. Hierzu später mehr.

Der zweite wesentliche Block der Steuereinnahmen ist die **Gewerbsteuer**. Auch in diesem Punkt **warten wir schon lange vergeblich auf eine Reform** und erwarten von der nächsten Regierung, dass das Thema endlich angegangen wird. Die Gemeinden müssen, um Gewerbesteuererinnahmen zu generieren, miteinander um die Ansiedlung von finanzkräftigen Unternehmen konkurrieren. **Wie viel sinnvoller wäre es doch, im Zusammenspiel der Kommunen Flächen dort auszuweisen, wo dies unter Umweltgesichtspunkten, aus verkehrlicher Sicht und im Hinblick auf den Flächenverbrauch am geeignetsten möglich ist**. In Filderstadt besteht allerdings auch nach wie vor das Dilemma, das sich das Verhältnis von Arbeitsplätzen und Einwohnern in einer Schiefelage befindet und dementsprechend ein hoher Auspendlerüberschuss besteht. Umso erfreulicher ist die Entscheidung der Firma Herma für den Standort Filderstadt-Bonlanden, die nicht nur dem Arbeitsplatzertehalt, sondern auch der Schaffung einer Vielzahl neuer Arbeitsplätze dient.

Wenige Sätze will ich auch noch zur **Grundsteuer** verlieren. Wenn insoweit immer die Hebesätze miteinander verglichen werden, dann bleibt unberücksichtigt, dass die Einheitswerte, die der Steuerermittlung zu Grunde liegen, nicht einheitlich sind. **So liegen die Einheitswerte in Filderstadt im Schnitt deutlich unter denen in Leinfelden-Echterdingen. Die Grundsteuerbelastung in unserer Stadt ist damit bei gleichem Hebesatz geringer.** In dieser Hinsicht ist allerdings eine Änderung zu erwarten. Die bisherige Praxis mit den Einheitswerten ist gerichtlich beanstandet worden. Auch in diesem Punkt hat es die Politik, federführend das Bundesfinanzministerium, leider nicht geschafft, eine gesetzeskonforme Änderung vorzunehmen, so dass wir jetzt gespannt sein dürfen, wie das Bundesverfassungsgericht entscheidet.

Soviel zur Einnahmenseite.

Viel spannender ist ja, wofür das viele Geld ausgegeben wird. Die wesentlichen Punkte hat Herr Oberbürgermeister Traub in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts bereits aufgeführt. **Die größten Investitionen sind für die Schulentwicklung und die Kinderbetreuung vorgesehen.** Dies ist natürlich sehr richtig, denn die Kinder sind unsere Zukunft.

Das Thema **Digitalisierung** habe ich bereits angesprochen.

Weiterer wesentlicher Punkt ist die **Verkehrsentwicklung** insbesondere mit der **S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen.** Bei aller Konzentration auf den öffentlichen Personennahverkehr dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass der Individualverkehr mit dem Pkw entgegen der Vorstellung mancher Ideologen noch lange nicht ausgedient hat und es einen ganz wesentlichen Wirtschaftsfaktor darstellt, auf den Fildern auch noch mit dem Auto von A nach B zu kommen, ohne permanent im Stau zu stehen. Wir müssen daher alles daran setzen, den **dreispurigen Ausbau der B 27** so schnell als möglich zu erhalten.

Auch im Hinblick auf **die Innenstadtentwicklung in Bernhausen** stimmen wir der Verwaltung in vielen Punkten zu. Hier sind weitere Anstrengungen erforderlich. Nach Überzeugung der SPD-Fraktion umfassen diese allerdings **nicht den Bau eines neuen, zentralen Rathauses.** Hierfür sehen wir in absehbarer Zeit keine finanziellen Mittel. Wir sind außerdem ganz dezidiert der Auffassung, **dass sich die gestalterische Entwicklung der Ortskerne nicht auf Bernhausen beschränken darf.** Die diesbezügliche Darstellung bei der Einbringung des Haushaltes, ausschließlich Bernhausen zu erwähnen, halten wir für unglücklich. Ungut ist auch, dass der Bebauungsplan, der für den Ortskern von Plattenhardt auf den Weg gebracht wurde, Jahre geruht hat. Die Entwicklung in den anderen Ortskernen darf nicht mit der Begründung zurückgestellt werden, es fehle am erforderlichen Personal. Wir hoffen doch auch, dass die Personalausstattung jetzt soweit verbessert ist, dass sich das Bauplanungsamt um alle Ortsteile kümmern kann - so wie es im Übrigen im räumlichen Leitbild auch vorgesehen ist.

Bislang gar nicht in die mittelfristige Finanzplanung eingepreist ist der **Sportstättenleitplan,** der gerade erarbeitet wird. Dies ist in haushaltstechnischer Sicht richtig, weil es noch keine konkreten Maßnahmen geben kann. Auf der anderen Seite wird es aber auch nicht sein können, **dass alle Maßnahmen des neuen Sportstättenleitplanes bis in die Jahre 2023 ff.**

verschoben werden. Auch dies ist also ein Punkt, für den zukünftig noch zusätzliche Mittel benötigt werden.

Die wichtigste Entscheidung für die Zukunft Filderstadts in den nächsten Jahren wird zunächst noch gar keine massiven finanziellen Auswirkungen haben, nämlich die **Verabschiedung eines neuen Flächennutzungsplans.** Aber natürlich wird diese Entscheidung, jedenfalls wenn es nach unseren Vorstellungen geht, in der Umsetzung erhebliche Finanzmittel erfordern, **denn die Bereitstellung neuer Flächen für die Bebauung muss damit einhergehen, dass die Stadt Flächen erwirbt, um selbst - oder über Dritte - bezahlbaren Wohnraum zu errichten.**

An dieser Stelle appelliere ich ausdrücklich an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats: In der Vergangenheit wurde so mancher Wohlstand ohne eigenes Zutun durch die Umwandlung von Acker-oder Wiesenfläche in Bauland erworben. Heute ist das nicht mehr nur eine Frage der Gerechtigkeit. **Heute kann es sich die Stadt Filderstadt schlicht nicht mehr leisten, die Wertzuwächse zu privatisieren. Wir brauchen daher eine neue Bodenpolitik, nach der alle Flächen, bevor sie zu Bauland werden, von der Stadt aufgekauft werden.** Dies bedeutet nicht, dass die Eigentümer am Wertzuwachs gar nicht partizipieren sollen, aber eben nur in einem Maße, das sozialverträglich ist. **Bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraumes geht es im Übrigen auch nicht nur darum, Menschen unterzubringen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Es geht vielmehr gerade auch darum, dem Normalverdiener weiterhin die Möglichkeit zu geben, in unserer schönen Stadt wohnen zu bleiben** und nicht durch ein stetig steigendes Mietniveau vertrieben zu werden.

Und da sind wir auch bei dem großen Streitthema, ob die Stadt überhaupt noch wachsen soll und wenn ja, in welchem Umfang. **Für die SPD-Fraktion steht dabei fest, dass es kein Wachstum um jeden Preis geben darf.** Neue Flächen dürfen nur mit großem Bedacht ausgewiesen werden. Wir müssen in unserer Stadt auch Freiflächen erhalten, um die Aufenthaltsqualität beizubehalten, oder sogar zu verbessern. Es ist daher auch unverzichtbar, dass **ein Schwerpunkt in der Nachverdichtung** gesetzt wird. Der **Innenentwicklung ist der Vorrang** vor der immer weiteren Versiegelung von Außenflächeneinzuräumen.

Auch die Innenentwicklung ist allerdings keineswegs unproblematisch und unumstritten. Es gibt in der Natur der Sache liegende Konflikte mit den Anwohnern, die verständlicherweise ihre Parkplätze auf der öffentlichen Straße behalten und eine möglichst schmale Bebauung wollen. Es gibt aber auch Stimmen, die sich generell gegen eine verdichtete Bebauung und jedes Bevölkerungswachstum wenden. Man hat den Eindruck, es geht dabei so ein bisschen um die Sehnsucht nach der Rückkehr zu den ruhigen, dörflichen Verhältnissen. In Plattenhardt hat sich eine Bürgerinitiative mit großem Zuspruch gebildet, die sich „Aufbruch“ nennt. In dem offenen Brief, den diese Initiative der Stadt übergeben hat, stehen viele grundsätzliche Überlegungen, die **die volle Zustimmung meiner Fraktion** finden. **Entscheidend ist allerdings welche Schlussfolgerungen dann für die Praxis gezogen werden.** Ein Nullwachstum an Wohnraum und Bevölkerung darf es nicht geben. Stillstand wäre auch insoweit Rückschritt, denn immer mehr ältere Menschen, die ja erfreulicherweise länger ein selbstbestimmtes Leben führen können, leben auf immer größeren Wohnflächen.

Ohne die Zurverfügungstellung neuen Wohnraumes hat unsere Jugend damit praktisch keine Chance mehr, sich hier in unserer Stadt mit ihren Familien auf Dauer sesshaft zu machen - es sei denn natürlich, es steht bereits eigener Grund und Boden oder Wohnraum zur Verfügung. Ohne neuen Wohnraum würde unsere bislang junge Stadt also zwangsläufig auch immer älter werden. **Wir beklagen das Ausbluten der Ortskerne und fordern Belebung**. Dazu brauchen wir aber auch jüngere Menschen, die die Orte mit Leben füllen und im Übrigen auch **Angebote für die Jugend wie Treffpunkte mit freiem WLAN**, aber auch eine **Attraktivität wie die Trampolinhalle** in der früheren Fischer-Tennishalle. Wir kommen also um ein Nachverdichten nicht herum und das bedeutet dann eben auch, verdichteter zu bauen.

Der Esslinger OB Jürgen Zieger hat sich zu den Schwierigkeiten, Baugebiete auszuweisen und nachzuverdichten, sehr pointiert so geäußert:

„Wir haben eine akademisch gebildete Bürgerschaft, die mit Gemeinwohlargumenten knallhart ihre Eigeninteressen durchsetzt.“

So hart würde ich es nicht formulieren wollen, klar ist aber, dass wir der Wohnungsnot nicht Herr werden können, ohne einzelnen Betroffenen weh zu tun. Dabei müssen wir darauf achten, **dass klare Gemeinwohlkriterien aufgestellt werden, die an jeder Stelle in gleicher Weise zur Anwendung kommen**. Nur so kann Verlässlichkeit entstehen.

Momentan steht insbesondere das Gebiet **„Reute“ in Plattenhardt** heftig in der Diskussion. Das Ergebnis dieses Planungsprozesses muss und wird die Blaupause dafür sein, ob und wie künftig auch an anderen Stellen **neuer Wohnraum innerorts entstehen kann**. Das Stadtplanungsamt hat sich hier im Übrigen anders, als kolportiert, keineswegs zum Erfüllungsgehilfen der Bauwilligen gemacht. Es hat vielmehr eine klare Planung vorgelegt, aus der sich eine Vorgabe für die bebaubaren aber selbstverständlich auch die nicht bebaubaren Flächen im gesamten Gebiet, nicht nur im Bereich des jetzt aufgelegten Bebauungsplanes, ergibt. Natürlich kann man zum jetzt vorgesehenen Umfang der Bebauung unterschiedlicher Meinung sein. Wir als SPD-Fraktion würden es uns wünschen und appellieren insoweit auch an die Bauantragsteller, dass die Planungen dadurch ein fassbares Gesicht erhalten, dass die Höhenentwicklung über ein Schnurgerüst dargestellt wird. Dies würde sicherlich helfen, die Diskussion auf einer sachlichen Ebene zu führen. Im Übrigen erlaube ich mir an dieser Stelle den Hinweis, **dass eine umfangreichere Bebauung für die Anlieger auch durchaus Vorteile hat**. Würde die Anzahl der Wohnungen reduziert, dann wäre eine Tiefgarage wirtschaftlich sicher nicht vertretbar. Gesetzlich vorgegeben ist ja leider nur noch ein Stellplatz pro Wohneinheit (dafür zwei Fahrradabstellplätze). Wenn nur die gesetzliche Vorgabe eingehalten wird, dann wird sich die Parksituation also sicher verschärfen. **Die jetzige Planung kann aufgrund der Tiefgarage zwei Stellplätze pro Wohneinheit vorsehen, so dass dem Anliegen der Anwohner in diesem Punkt entsprochen werden kann**.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot gehört auch, dass die bereits verfügbaren Räumlichkeiten und Grundstücke ausgenutzt werden. Die SPD-Fraktion ist daher auch dafür, die Einführung eines **Zweckentfremdungsverbotes zu überprüfen**. In einigen Städten, wie

beispielsweise Tübingen, scheint dieses Instrument zu funktionieren. **In Filderstadt gibt es bislang keinerlei Erfassung leer stehenden Wohnraums.**

Städtisches Eigentum gibt es im **Bereich der Filderbühne** und am bisherigen Standort der **Stadtwerke in Sielmingen**. Hier sollten **zügig Bebauungspläne** erstellt werden, die eine verdichtete Bebauung ermöglichen.

Zum Abschluss möchte ich mich für die SPD-Fraktion bei allen Menschen in unserer Stadt bedanken, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, frei nach dem altbekannten Spruch von John F Kennedy, frage nicht, was deine Stadt für dich tut, sondern frage, was du für deine Stadt tun kannst. Wir haben dankenswerterweise eine sehr lebendige Bürgergemeinschaft, die auch ein wesentlicher Aspekt dafür ist, dass sich immer noch die ganz überwiegende Mehrzahl unserer Bürgerinnen und Bürger in Filderstadt sehr wohl fühlt. **Und gemeinsam im Dialog miteinander und der gegenseitigen Achtung voneinander werden wir auch die Konflikte lösen, die es nun einmal in einer Kommune zwischen verschiedenen Einzelinteressen und zwischen Einzelinteresse und Gemeinwohl gibt.** Dass dabei nicht immer jeder oder jedem gerecht getan werden kann, liegt in der Natur der Sache. Sie dürfen aber versichert sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Stadträtinnen und Stadträte in ihrem ehrenamtlichen Bemühen Ihre Entscheidungen nach sorgfältiger Abwägung und keineswegs leichtfertig treffen.

Bedanken will ich mich auch bei den Damen und Herren der Verwaltung, die die Gemeinderatsarbeit stets nach Kräften unterstützen und in mancher Sitzung ausharren müssen, um durch den vierten Redner noch einmal dasselbe hören zu müssen, während gleichzeitig Kritik von unserer Seite der Stadträtinnen und Stadträte kommt, wenn ein Vortrag der Verwaltung mal etwas zu ausschweifend ist. Seien Sie versichert, wir wissen ihre Arbeit sehr zu schätzen.

Vielen Dank auch an Sie, Herr Braunmüller und ihr Team. Sie sind uns wie immer bei den Haushaltsberatungen kompetent zur Seite gestanden und wir hoffen, dass nie wieder der Zeitpunkt gekommen sein wird, zu dem das tatsächliche Jahresergebnis einmal schlechter ausfällt, als der Haushaltsplan.

Ein Dank auch an die Bürgermeisterriege, Herr Oberbürgermeister Traub, gerade ihre Sitzungsleitung ist wirklich eine Wohltat, das muss auch einmal gesagt werden.

Bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen bedanke ich mich nicht nur fürs Zuhören, sondern auch für die Zusammenarbeit in den Gremien, die doch erfreulicherweise in den allermeisten Fällen sachorientiert und fraktionsübergreifend geschieht.

Die Haushaltsanträge der SPD sind im Anhang nachzulesen.